

Heimische Unternehmen investieren bis zu 3845 Euro in ihre Mitarbeiter

Ab auf die Schulbank

Von Martin Sattler

- Jährlich 3,58 Tage Schulung pro Person.
- Schwerpunkt liegt auf Fachthemen.

Wien. Viele Unternehmen haben bereits erkannt, dass gut ausgebildete Mitarbeiter besser und zufriedener arbeiten. Um aber immer am neuesten Stand zu bleiben, müssen Dienstnehmer regelmäßig die Schulbank drücken.

Das Unternehmen SeminarDMC hat zu diesem Thema eine Studie verfasst, in der 93 führende heimische Unternehmen befragt worden sind, welche Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen für ihre 135.000 Mitarbeiter getroffen werden. Ziel der Studie war es, einerseits den Weiterbildungsumfang zu erfassen und andererseits zu beleuchten, wer in den Betrieben in den Entscheidungsprozess involviert ist.

697 Euro pro Mitarbeiter für Weiterbildung

Durchschnittlich werden jährlich 3,58 Tage pro Mitarbeiter für Bildungsmaßnahmen angesetzt. Ein Viertel der befragten Betriebe investiert ein bis drei Tage und nur knapp vier Prozent sechs Tage oder mehr.

Auch beim Bildungsbudget sind erhebliche Schwankungen zu erkennen: Zwischen 175 und 3845 Euro pro Person werden für Seminare ausgegeben – durchschnittlich 697 Euro. Allerdings nehmen 85 Prozent der Befragten Förderungen des Arbeitsmarktservices oder des Europäischen Sozialfonds in Anspruch.

Wer darf aber nun in Fortbildung gehen? In 59 Prozent der befragten Unternehmen werden alle Mitarbeiter, inklusive Führungskräfte und Lehrlinge mit



Nicht nur Kinder, sondern auch Dienstnehmer müssen sich fortbilden. Foto: bilderbox

Schulungsmaßnahmen weiterqualifiziert. In jedem zehnten Unternehmen werden hingegen nur spezielle Personengruppen – hier vor allem die Verkaufs- und Servicemitarbeiter, Techniker, Sachbearbeiter und Buchhalter – in Schulungen geschickt. Die Entscheidung, welcher Mitarbeiter, welches Seminar besuchen darf, obliegt meistens alleine dem direkten Vorgesetzten. Nur selten werden die betroffenen Kollegen eingebunden.

Themenschwerpunkte für das laufende Jahr

Der definitiv größte Fokus in der Weiterbildung liegt im Jahr 2006 in der fachspezifischen Ausbildung, gefolgt von Themen der Persönlichkeitsentwicklung und Soft Skills sowie der Führungskräfte-Weiterbildung und Sprachen.

Nur ein Fünftel der Befragten hatte im Februar noch keine Schwerpunkte für dieses Jahr gesetzt, da der Planungsprozess noch nicht abgeschlossen war, so die Studienautoren. ■

Wie wird Recht der Zukunft aussehen?

■ Bis Ende Mai drei große Tagungen.

Wien. Drei große traditionelle Justizveranstaltungen finden in den kommenden vier Wochen statt. Den Anfang machen Ende dieser Woche die 18. Europäischen Notarentage in Salzburg. Vom 24. bis 28. April folgt die Richterwoche in Innsbruck. Ende Mai (25. bis 27.) trifft sich dann die Österreichische Juristenkommission (ÖJK) zu ihrer Frühjahrstagung in Weißenbach am Attersee.

Die Themen der drei Veranstaltungen sind unterschiedlich: Die Europäischen Notarentage widmen sich „Europas Perspektiven für das Familien- und Erbrecht“. Diskutiert wird über „Schnittstellen“ zwischen den Rechtsordnungen. So

sollte europaweit geregelt werden, welches Recht zur Anwendung kommt, wenn etwa ein Deutscher in Brüssel arbeitet, dort eine Dänin heiratet, ein Kind bekommt und mit seiner Familie nach Straßburg übersiedelt, erklärt der Präsident der Österreichischen Notariatskammer, Klaus Woschnak.

Verändertes Recht

Die Richter diskutieren über die „Justiz für die Zukunftsgesellschaft“ und erwartete Veränderungen in verschiedenen Rechtsbereichen. Die ÖJK hingegen behandelt unter dem Titel „Selbstbestimmung Abhängigkeit“ den Rechtsschutz in besonderen Rechtsverhältnissen wie Strafvollzug und Schubhaft, diskutiert aber auch über Patientenrechte und das „Recht auf einen würdigen Tod“. ■

■ Veranstaltungstipps

Am Montag, 24. April, lädt das Forum Fellmann zu einem kostenlosen Vortrag über das **Bundesvergabegesetz 2006** ein. Der Vortrag findet um 14 Uhr im Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen in Wien 2 statt. Anmeldungen sind per Mail erbeten unter forum-fellmann@gmx.org.

Der Juristenverband diskutiert am 24. April über die **rechtlichen Aspekte im Call-Center-Betrieb** und am 15. Mai über **Steuerrecht: Update Finanzstrafrecht**. Die Veranstaltungen finden jeweils um 19.30 Uhr im Café Schottenring statt. Information unter: Tel.: 01/40 127-1535.

Der Berater Roland Berger lädt Studenten und Absolventen am 12. Mai, 9 bis 13

Uhr, zu einem **Interviewtraining**, das auf eine Karriere in der Unternehmensberatung vorbereiten soll. Anmeldungen bis 5. Mai unter 01/53 602-201.

An der WU Wien findet am 19. Juni das Symposium **Doppelbesteuerungsabkommen und Gemeinschaftsrecht** statt. Anmeldungen zur kostenlosen Veranstaltung beim Institut für Österreichisches und Internationales Steuerrecht unter 01/31 336-730.

Der Linde-Verlag veranstaltet am 9. Mai in Wien sein Seminar **Umsatzsteuer in der betrieblichen Praxis**. Das Thema wird anhand von Fallbeispielen kompakt dargestellt. Seminarkosten: 490 Euro. Anmeldungen unter 01/24 630-45. ■

■ Karrieren

Allianz: Mit April hat **Peter Loisel** (45) die Leitung des Bereichs Marketing und Kundengruppenmanagement in der Allianz übernommen. Er folgt **Johann Oswald**, der in den Vorstand der Allianz berufen worden ist.



Peter Loisel Foto: Allianz

BMF: Wolfgang Peschorn (40) ist der neue Leiter der Finanzprokurator. Diese ist die gesetzliche Vertretung vor Gerichten und Beratung in rechtlichen Angelegenheiten der Republik Österreich und von ausgliederten Einrichtungen.

Coca-Cola: Tim Brett, bisher Region Manager von Coca-Cola Polen, hat die Leitung der „Alpine Region“ übernommen. Er ist nun für Österreich, die Schweiz und Slowenien zuständig.

Palfinger: Der Kranhersteller Palfinger verstärkt die Geschäftsführung für Nordamerika: **Christoph Kaml** (32) verantwortet den Bereich Finanz & Strategie der Palfinger Nordamerika mit Sitz in Niagara Falls/Kanada. ■

Aus dem Ministerrat



■ Unter Vorsitz des Bundeskanzlers fand am Donnerstag, 20. April, die 130. Sitzung des Ministerrats statt. Dabei hat der Ministerrat u.a. folgenden Berichten und Anträgen zugestimmt und folgende Berichte zustimmend zur Kenntnis genommen:

Bericht des Bundeskanzlers über den Kunstbericht 2005. Demnach ist das Kunstbudget gegenüber dem Vorjahr um 6,4 Prozent auf 84,51 Millionen Euro gestiegen. Die Darstellende Kunst wurde am meisten gefördert, rückläufig sind u. a. die Budgetansätze für Festspiele und Großveranstaltungen.

Bericht des Bundesministers für Finanzen zum neuen Bundesgesetz, mit dem das Beschaffungswesen der Bundesbeschaffungsgesellschaft BBG auf ausgegliederte Unternehmen der Länder und Gemeinden ausgedehnt werden soll.

Gemeinsamer Bericht des Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit und der Bundesministerin für Auswärtiges über die Verlängerung der eingeschränkten Freizügigkeit am österreichischen Arbeitsmarkt für weitere drei Jahre. Die Regelung gilt für Arbeitskräfte aus den zehn neuen EU-Staaten.

Bericht der Bundesministerin für Justiz zur Novelle des Luftfahrtgesetzes. Fluglinien sollen künftig verschuldensunabhängig bis zu einem Betrag von rund 120.000 Euro für Personenschäden von Passagieren haften. Mit der Novelle wird auch die „EU-Überbuchungsverordnung“ umgesetzt: Im Falle einer Nichtbeförderung oder großen Verspätung des Fluges, muss das Luftfahrtunternehmen entsprechende Ersatzleistungen erbringen.

Bericht der Gesundheitsministerin über die Einrichtung eines nationalen Forschungs- und Planungsinstituts „Gesundheit Österreich“. Künftig wird das Institut sowohl wissenschaftliche Entscheidungsgrundlagen für die Strukturplanung der Gesundheitsvorsorge als auch für die Leitlinien zur Qualitätssicherung und der Gesundheitsförderung zur Verfügung stellen.

Bericht der Justizministerin über die Änderung des Versicherungsvertragsgesetzes. Aufgrund der Änderung fallen bei kapitalbildenden Lebensversicherungen die Abschlusskosten nicht mehr zur Gänze bei Vertragsbeginn an, sondern es findet eine Aufteilung über die ersten fünf Jahre statt.

In Österreich werden etwa die Hälfte aller Lebensversicherungen vor Ende der vereinbarten Laufzeit zurückgekauft, oder es wird eine Prämienstilllegung vereinbart. Trotzdem wurden bisher die Provisionen und Verwaltungskosten für die gesamte Laufzeit bereits zu Beginn abgezogen. Die nun beschlossene Regelung bewirkt, dass auch bei einem Rückkauf in den ersten Versicherungsjahren Rückkaufwerte für die Verbraucher vorhanden sind und es nicht zu einem Kapitalverlust kommt.

Bericht der Justizministerin über das im Ministerrat beschlossene Publizitätsrichtlinie-Gesetz, das die Voraussetzungen schafft, künftig Firmenbucheingaben elektronisch durchzuführen. Auch die Urkundensammlung des Firmenbuchs soll ausschließlich elektronisch geführt werden.

Ab 2008 müssen alle Gesellschaften ihren Jahresabschluss verpflichtend elektronisch zum Firmenbuch einreichen. Das Gesetz bringt auch einige Vereinfachungen bei der GmbH-Gründung. Künftig sind diverse Extralisten – wie z.B. Gesellschafter- oder Geschäftsführerlisten – nicht mehr erforderlich.

Bericht des Bundeskanzlers zum geplanten Bundesmitarbeitergesetz, mit dem u. a. das Beamten-Dienstrechtsgesetz, das Gehaltsgesetz, das Vertragsbedienstetengesetz, Pensionsgesetz, das Richterdienstgesetz und das Bundes-Personalvertretungsgesetz geändert werden. ■